

Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 18. Sitzung des Finanzausschusses des Rhein-Sieg-Kreises am 21.03.2019:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
1.	Niederschrift über die 17. Sitzung des Finanzausschusses am 10.12.2018	anerkannt	
2.	Bürgeranregung/-beschwerde gemäß § 21 KrO NRW vom 03.12.2018	B.-Nr.: 111/19 Antrag auf Sitzungsunterbrechung	abgelehnt MB ./ SPD Seite 5
		B.-Nr.: 112/19	einstimmig Seite 5
3.	Haushaltsplan 2019/2020	B.-Nr.: 113/19 Empfehlung an KA/KT	MB ./ LINKE, FUW/Piraten u. AfD Seite 7
4.	Veräußerung der von der Stadtwerke Bonn Beteiligungs-GmbH gehaltenen Anteile an der EVG Energieversorgungsgesellschaft Sankt Augustin mbH an die Rhein-Energie AG	durch Verwaltung zurückgezogen	
5.	Mitteilungen und Anfragen		
	Nichtöffentlicher Teil		
6.	Veräußerung der von der Stadtwerke Bonn Beteiligungs-GmbH gehaltenen Anteile an der EVG Energieversorgungsgesellschaft Sankt Augustin mbH an die Rhein-Energie AG	durch Verwaltung zurückgezogen	
7.	Mitteilungen und Anfragen		

Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der 18. Sitzung des Finanzausschusses des Rhein-Sieg-Kreises am 21.03.2019:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 16:35 Uhr
Ort der Sitzung: Raum Rhein
Datum der Einladung: 13.03.2019
Einladungsnachsendung vom: 18.03.2019

Anwesende Mitglieder:

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Jürgen Becker (Vorsitzender)
 Herr Klaus Döhl
 Herr Christoph Fiévet
 Frau Silke Josten-Schneider
 Herr Oliver Roth
 Herr Josef Schäferhoff
 Herr Michael Söllheim

Kreistagsabgeordnete SPD

Frau Stefanie Göllner
 Herr Paul Lägel
 Frau Nicole Männig
 Frau Cornelia Mazur-Flöer
 Herr Denis Waldästl

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Michaela Balansky
 Herr Christian Gunkel
 Herr Wilhelm Windhuis

Kreistagsabgeordneter FDP

Herr Dr. Karl-Heinz Lamberty

Kreistagsabgeordneter DIE LINKE

Herr Michael Otter

Kreistagsabgeordneter AfD

Herr Vladimir Skoda

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Alexander Biber
 Frau Elke Billen i. V. d. Abg. Donie
 Frau Nadja Gräfrath i. V. d. Abg. Sonntag

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

Herr Björn Klein
 Frau Maria Miethke
 Herr Karl-Wilhelm Schafhaus
 Herr Dr. Dirk Schulte

i. V. d. Abg. Dr. Bieber

Sachkundige/r Bürger/in SPD

Herr Mario Dahm
 Frau Sara Zorlu

i. V. d. Abg. Heinsch
 i. V. d. Abg. Hartmann

Sachkundiger Bürger GRÜNE

Herr Günter Piéla

i. V. d. Abg. Steiner

Sachkundiger Bürger FDP

Herr Timo Utsch

i. V. d. SkB Peter

Sachkundiger Bürger FUW/Piraten

Herr Rolf Böhmer

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Dr. Torsten Bieber
 Frau Brigitte Donie
 Herr Andreas Sonntag

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Sebastian Hartmann
 Herr Volker Heinsch
 Frau Joline Piel

Kreistagsabgeordneter GRÜNE

Herr Ingo Steiner

Sachkundiger Bürger FDP

Herr Jürgen Peter

VertreterInnen der Verwaltung:

Frau Svenja Udelhoven
 Herr Dieter Schmitz
 Frau Sabine Waibel
 Herr Tim Hahlen

Herr Björn Bourauel
 Herr Christoph Demmer

Allgemeine Vertreterin des Landrats und Kreiskämmerin
 Dezernent
 Leiterin des Amtes für Finanzwesen
 Leiter des Amtes für Beteiligungen, Gebäudewirtschaft und
 Kreisstraßenbau
 Abteilungsleiter Kämmerei
 Kämmerei (Schriftführer)

18. Sitzung des Finanzausschusses am 21.03.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

Geschäftsordnungsangelegenheiten		
----------------------------------	--	--

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden zur 18. Sitzung des Finanzausschusses und stellte die form- und fristgerechte Einladung fest.

Er rief den sachkundigen Bürger Timo Utsch zur Verpflichtung auf und verlas die Verpflichtungsformel, die von Herrn Utsch wiederholt wurde. Anschließend unterzeichneten Herr Utsch sowie der Vorsitzende die Verpflichtungsniederschrift.

Er verwies auf die Tagesordnungspunkte 4 und 6 „Veräußerung der von der Stadtwerke Bonn Beteiligungs-GmbH gehaltenen Anteile an der EVG Energieversorgungsgesellschaft Sankt Augustin mbH an die RheinEnergie AG“, die von der Verwaltung zurückgezogen würden, da hierzu die erforderlichen Informationen zur Erstellung der Vorlagen nicht vorgelegen hätten.

Weitere Einwendungen oder Änderungsanträge zur Tagesordnung lagen nicht vor.

1	Niederschrift über die 17. Sitzung des Finanzausschusses am 10.12.2018	
---	--	--

Einwendungen gegen die Niederschrift über die 17. Sitzung des Finanzausschusses vom 10.12.2018 lagen nicht vor. Die Niederschrift gilt damit als anerkannt.

2	Bürgeranregung/-beschwerde gemäß § 21 KrO NRW vom 03.12.2018	
---	--	--

Der Vorsitzende wies im Zusammenhang mit der Bürgeranregung bzw. Bürgerbeschwerde gemäß § 21 KrO NRW von Attac Rhein-Sieg vom 03.12.2018 auf den Grundsatzbeschluss des Kreistages vom 17.12.2018 zur Veräußerung des kreiseigenen RWE Aktienbestandes sowie auf die Beschlussfassung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft vom 20.03.2019 hin. Er schlug vor, den dort gefassten Beschluss teilweise zu übernehmen, da mit dem Beschluss dem Anliegen von Attac zur Veräußerung der RWE-Aktien ausreichend Rechnung getragen werde.

Abg. Waldästl stimmte der Übernahme der Beschlussformulierung zu und beantragte, zuvor die Sitzung zu unterbrechen, damit der Vertreter von Attac Rhein-Sieg zu Wort kommen könne.

Für die nächste Sitzung des Finanzausschusses regte er eine öffentliche Diskussion zur Verwendung der Mittel aus dem Verkauf der RWE-Aktien an, damit nicht nur die Mitglieder des Arbeitskreises Konsolidierung über die Eckdaten zur Möglichkeit der Veräußerung der RWE-Aktien informiert seien.

Abg. Otter befürwortete den Verkauf der kreiseigenen RWE-Aktien und forderte eine ausführliche Beratung in den Ausschüssen zur Verwendung der Mittel unter ökologischen Gesichtspunkten.

Der Vorsitzende nahm Bezug auf die im Antrag von Attac geforderte Erklärung für die Gründe des Rhein-Sieg-Kreises zur Beibehaltung der RWE-Aktien unter ökologischen und ethischen Aspekten. Da der Kreistag mit seinem Grundsatzbeschluss

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

zum Verkauf der RWE-Aktien ein Ende des finanziellen Engagements bei RWE signalisiert habe, müsse der Rhein-Sieg-Kreis keine weiteren Beweggründe nennen.

Abg. Skoda stellte fest, der Ausstieg bei RWE sei aus seiner Sicht aufgrund von kommunalpolitischen und wirtschaftlichen Gründen notwendig und nicht aus umweltpolitischen Gründen erforderlich, die Attac vorbringe.

Abg. Josten-Schneider lehnte eine Sitzungsunterbrechung ab, da die Thematik noch im Arbeitskreis Konsolidierung abschließend beraten werden müsse.

Abg. Windhuis erinnerte daran, dass fraktionsübergreifend einem Verkauf der RWE-Aktien zugestimmt worden sei, sodass nun im Arbeitskreis Konsolidierung die Details zur Veräußerung und die Möglichkeiten zur Verwendung der Mittel abgestimmt würden. Er sah ebenfalls keine Notwendigkeit zur Unterbrechung der Sitzung, da die ethischen und umweltpolitischen Aspekte im Fachausschuss beraten worden seien.

Der Vorsitzende ließ über den Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion zur Unterbrechung der Sitzung zwecks Redemöglichkeit von Attac Rhein-Sieg abstimmen.

B.-Nr.: abgelehnt MB ./ SPD
111/19

Im Anschluss fasste der Finanzausschuss folgenden Beschluss:

B.-Nr.: „Der Finanzausschuss stellt fest, dass der Anregung, die RWE-Aktien zu veräußern, durch den entsprechenden Grundsatzbeschluss des Kreistages vom 17.12.2018 im Rahmen der Haushaltsberatungen bereits Rechnung getragen worden ist und sich die Anregungen damit erledigt haben.“
112/19

Abst.- einstimmig
Erg.:

3	Haushaltsplan 2019/2020	
---	-------------------------	--

Abg. Otter erkundigte sich nach den Gründen für die noch nicht vorliegende Haushaltsgenehmigung, da der Haushalt 2019/2020 vom Kreistag bereits in seiner Sitzung am 17.12.2018 beschlossen worden sei.

Der Vorsitzende erklärte, die Aufsichtsbehörden seien mit der Prüfung und Genehmigung einer Vielzahl von Haushalten beschäftigt, sodass eine Bearbeitungsdauer von 3 – 4 Monaten nicht ungewöhnlich sei.

Kreiskämmerin Udelhoven ergänzte, nach der Beschlussfassung über den Haushalt 2019/2020 habe die Kämmererei die beschlossenen Änderungen einarbeiten müssen, erst anschließend konnte der Haushaltsplan Anfang Februar der Bezirksregierung vorgelegt werden. Da anschließend Rückfragen hierzu beantwortet werden müssten und die Bezirksregierung weitere Haushaltspläne zur Prüfung vorliegen habe, sei üblicherweise mit einer Genehmigung des Haushalts frühestens Ende April bzw. Anfang Mai zu rechnen.

Abg. Waldästl signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zu der Änderungsliste der Verwaltung zum Haushaltsplan 2019/2020, damit der Baustellenbetrieb weiterlaufen könne. Zum einen sei es ärgerlich, einen zur Genehmigung vorgelegten Haushaltsplan ändern zu müssen, zum anderen monierte er die erheblichen Kostensteigerungen bei den beiden Projekten, die auf unterschiedliche Gründe zurückzuführen seien. Aus den bisherigen Erfahrungen mit den beiden Projekten solle für zukünftige Maßnahmen eine bessere Vertragsgestaltung zur Kosten- und Regressabsicherung erwogen werden. Weiterhin müsse das Baukostencontrolling verbessert werden.

Abg. Josten-Schneider dankte der Verwaltung für die gute und transparente Darstellung der Mehrkosten für die beiden Großprojekte in der Vorlage. Auch in der Außerdarstellung müsse sensibel mit dem Thema umgegangen und die Gründe für die Kostensteigerungen transparent dargestellt werden. Wichtig für die Kommunen sei eine stabile Kreisumlage, die trotz der Mehrkosten beibehalten werden könne. Folglich werde die CDU-Fraktion den Änderungen zustimmen.

Abg. Otter bat um Erläuterung, warum die Verwaltung nicht mit einem Nachtragshaushalt gearbeitet habe, da nach § 56 Kreisordnung (KrO) lediglich die Kreisumlage genehmigungspflichtig sei und diese sich mit den vorgeschlagenen Anpassungen nicht ändere.

Kreiskämmerin Udelhoven erklärte, die im Dezember beschlossene Haushaltssatzung sei noch nicht genehmigt gewesen und daher noch nicht inkraftgetreten. Der Erlass einer Nachtragssatzung sei daher nicht möglich. Eine Haushaltsverschlechterung von rd. 22 Mio. € stelle jedoch eine wesentliche Veränderung dar, sodass die Verwaltung sich in Abstimmung mit der Bezirksregierung für das nun laufende Verfahren entschieden habe.

Abg. Dr. Lamberty verwies auf die umfangreichen Beratungen im Bau- und Vergabeausschuss sowie die Ergebnisse der externen Organisationsuntersuchung im Bereich der Gebäudewirtschaft, wo ggfs. Änderungen in der Verwaltungsorganisation und dem Verwaltungsablauf vorzunehmen seien.

SkB Böhmer bat dahingehend um Auskunft, ob die Haushaltssatzung erneut bekannt zu machen und auszulegen sei, da sich nun die Beträge geändert hätten.

Kreiskämmerin Udelhoven antwortete, die Bezirksregierung habe dem Verfahren, die Änderungen durch den Kreistag beschließen zu lassen und in den zur Prüfung vorgelegten Haushaltsplan einzuarbeiten, zugestimmt. Zudem handele es sich nicht um die Einstellung eines erneuten Haushaltsentwurfs.

Abg. Skoda gab bekannt, die Änderungen zum Haushaltsplan wie auch zum damaligen Zeitpunkt den ursprünglichen Haushaltsplan, abzulehnen, da er eine zu geringe Risikovorsorge sehe und die Ausgleichsrücklage durch die vorliegenden Änderungen bis auf 2 Mio. € aufgebraucht werde. Er befürworte daher eine Erhöhung der Kreisumlage als Ausgleich für die Mehrkosten. Weiterhin bemängelte er den fehlenden Sparwillen bei der Verwaltung.

Abg. Windhuis stimmte den Änderungen zum Haushaltsplan 2019/2020 zu, damit die begonnenen Baumaßnahmen abgeschlossen werden könnten. Im Nachgang solle eine Analyse zur etwaigen Optimierung der Verwaltungsstrukturen erfolgen.

Abg. Otter zeigte sich überrascht über die Dauer zur Überarbeitung des Haushalts-

18. Sitzung des Finanzausschusses am 21.03.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

planentwurfs zwischen der Beschlussfassung im Kreistag am 17.12.2018 und der Vorlage der Unterlagen zur Genehmigung bei der Bezirksregierung Ende Januar / Anfang Februar und bat hierzu um Erläuterung,

Der Vorsitzende zeigte für den zeitlichen Ablauf Verständnis. Die Verwaltung habe nach der Beschlussfassung im Kreistag die zahlreichen Änderungen, - auch resultierend aus den Anträgen der Fraktionen -, in das umfassende Zahlenwerk einzuarbeiten und den Beratungsverlauf der Anträge zu dokumentieren, sodass in Anbetracht der Feiertage Ende Dezember die Dauer für diese Arbeiten nachvollziehbar und angemessen sei.

Abg. Waldästl stimmte den Ausführungen des Vorsitzenden zu und entgegnete zur Forderung der AfD zur Erhöhung der Kreisumlage, dass die Kommunen selbst mit ihren Haushaltsplänen im Genehmigungsverfahren seien und durch eine Erhöhung der Kreisumlage zusätzlich belastet würden.

Abg. Skoda führte aus, durch den vorliegenden Haushaltsplan 2019/2020 würden lediglich die Belastungen für die Kommunen verschoben, da spätestens im Haushaltsplan 2021/2022 die Kommunen mit einer höheren Kreisumlage belastet würden.

Anschließend fasste der Finanzausschuss folgenden Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

B.-Nr.: 113/19 „Der Kreistag beschließt, der Änderung der Haushaltssatzung 2019/2020 mit Haushaltsplan und Anlagen unter Berücksichtigung der sich aus den Beratungen im Finanzausschuss ergebenden Veränderungen zuzustimmen.“

Abst.-Erg.: MB ./ LINKE, FUW-Piraten und AfD

4	Veräußerung der von der Stadtwerke Bonn Beteiligungs-GmbH gehaltenen Anteile an der EVG Energieversorgungsgesellschaft Sankt Augustin mbH an die RheinEnergie AG	
---	--	--

Der Tagesordnungspunkt wurde seitens der Verwaltung zurückgezogen.

5	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Abg. Waldästl erkundigte sich nach dem Bericht der Dezernate und Stabstellen für das 4. Quartal 2018.

Kreiskämmerin Udelhoven verwies auf die Arbeiten zum Jahresabschluss 2018 und sagte einen Bericht für das 2. Quartal 2019 zu.

Ende des öffentlichen Teils